



Rede des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herbert Panofen, zum Haushalt 2012 am 28.03.2012

Wie im vergangenen Jahr möchte ich mich auch heute zu Beginn meiner Ausführungen bei den Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit bedanken.

Bedanken möchte ich mich ebenfalls bei allen, die in unserer Stadt ehrenamtlich tätig sind und damit einen wesentlichen Beitrag leisten für die Lebensqualität in dieser Stadt. Unsere Vereine, Vereinigungen und ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in sportlichen, kulturellen und sozialen Bereichen. Diese ehrenamtlich Tätigen verdienen unsere Anerkennung und Unterstützung.

Ich will auf ein besonderes bürgerschaftliches Engagement hinweisen.

Im Jahr 2007 hat der Ortsverband West der CDU beschlossen eine Verkehrszählung an der Liederner Ringstraße durchzuführen. Es war der Anfang der Aktion innovativer Radweg bzw. Bürgerradweg. In 2009 und 2010 wurden 2 Bauabschnitte mit insgesamt 810 Meter fertiggestellt. Der Lückenschluss zur Werther Straße mit weiteren 550 Metern steht vor der Vervollendung. Diese Bürgerinitiative hat mehr als 1.000 Arbeitsstunden in die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger investiert.

Ein weiterer Bürgerradweg wird in Barlo gebaut, in Spork laufen die Planungen für einen Radweg.

Bereits heute möchte ich diese Bürgerinitiativen bzw deren Sprecher für die nächste Verleihung der Bocholter Stadtplakette vorschlagen.

In der heutigen Zeit reden wir sehr viel über den EURO und darüber ob ein Rettungsschirm in Europa noch in Milliarden EURO oder bereits in Billionen EURO beziffert werden muss.

Im letzten Jahr hatten Bund und Land den höchsten Stand der Steuereinnahmen und den geringsten Stand der Arbeitslosigkeit seit der Wende. Warum schaffen wir es dann nicht unter diesen Bedingungen einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen?

Ein Teil der Antwort ist, dass auch in diesem Jahr die Landesregierung durch das Gemeindefinanzierungsgesetz das Münsterland benachteiligt.

Ich erinnere an die vom Rat verabschiedete Resolution im letzten Jahr.

Wir müssen heute feststellen dass die rot-grüne Landesregierung dieses Ungleichgewicht nicht beseitigt hat. Hier zwei Vergleichszahlen

Bezirk Münsterland

In 69 Städten und Gemeinden 1,6 Mio Einwohner = 8,9 % der Bevölkerung in NRW
115 € Schlüsselzuweisungen je Einwohner (2004: 189 Euro)

Zum Vergleich: Bezirk Ruhr

Einwohner der 11 kreisfreien Städte: 3,3 Mio = 18,6% der Bevölkerung NRW
679 € Schlüsselzuweisungen je Einwohner

Mit dem angekündigten Stärkungspakt Stadtfinanzen werden die Probleme der hochverschuldeten Städte nicht gelöst, aber für die Mehrheit der NRW-Kommunen ist es ein Schwächepakt.

Ein Ende der Umverteilung in die Ballungszentren ist nicht abzusehen. Vor 2 Wochen ist diese Landesregierung gescheitert, wir können also auf Besserung hoffen.

In diesem Jahr liegt uns der 4. Haushalt unter NKF-Bedingungen vor. Da erst Ende Dezember des letzten Jahres die Eröffnungsbilanz, Stand 2009, verabschiedet wurde, sind im Haushaltsplan auch keine Ergebnisse der Vorjahre enthalten. Erschwerend kommt hinzu, dass innerhalb der einzelnen Produkte Verschiebungen vorgenommen wurden. Die Umstellung auf NKF hat bisher für die politische Arbeit keine Vorteile gebracht, unter diesen Bedingungen kommt ein wenig die Sehnsucht auf nach dem alten kameralen Haushalt.

Zum Haushalt 2011 hat es eine Klausurtagung mit den Fraktionsspitzen und dem Verwaltungsvorstand gegeben. Der Erfolg dieser Klausur war dürftig, das wesentliche Ergebnis ist die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer. Für den Haushalt 2012 hat die CDU eine ähnliche Klausurtagung abgelehnt. Zu einer Diskussion über die Haushaltssituation der Stadt sind wir jederzeit bereit, allerdings mit konkreten Vorschlägen der Verwaltung. Nach Fertigstellung des Masterplanes Demografie ist ohnehin die Formulierung und Festlegung der Ziele für die nächsten Jahre erforderlich.

Für das Jahr 2012 wurde uns ein Haushaltsplan vorgelegt mit einem Defizit im Ergebnisplan von 3,4 Mio €..

Inzwischen hat der vorliegende Haushaltsplan eine Verbesserung erfahren, die Kreisumlage sinkt gegenüber dem Haushaltsansatz um 1,5 Mio €.

Einschl. geringer Veränderungen reduziert sich das Defizit von 3,4 Mio € auf 2,0 Mio €.

An dieser Stelle ist es angebracht dem Kreis für diesen Schritt zu danken, ich hätte auch gern dem Kreis meine Anerkennung zur Einführung des BOH-Kennzeichens ausgesprochen.

In den letzten 3 Jahren wurde ein Haushalt verabschiedet mit einem Defizit von zusammen mehr als 30 Mio €. Damit wäre die Ausgleichsrücklage vollständig aufgezehrt .

Tatsache ist aber, dass in Summe dieser Jahre ein Überschuss erzielt wurde und die Ausgleichsrücklage nicht in Anspruch genommen wurde.

Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse gehen wir davon aus, dass der Haushalt 2012 nicht defizitär ist, sondern hier ebenfalls ein leicht positives Ergebnis zum Jahresende erreicht wird.

Ich darf daran erinnern, dass seitens der Verwaltung prognostiziert wurde, dass der im Jahr 2009 beschlossene Schuldendeckel von 160 Mio € kaum einzuhalten ist und evtl. erforderliche Kassenkredite in der Schuldenprognose nicht berücksichtigt sind.

Die CDU hat darauf bestanden, dass Schulden, gleichgültig ob Kredite oder Kassenkredite, im Schuldendeckel enthalten sind. Ein entsprechender Beschluss wurde dann Im Rat gefasst.

Mit dem jetzt vorgelegten Haushaltsplan ist von Kassenkrediten nicht mehr die Rede, Investitionen für das Projekt Kubaai von 12 Mio € sind ebenfalls unter Einhaltung des Schuldendeckels möglich geworden.

Es ist müßig heute darüber zu streiten, ob Entscheidungen anders ausgefallen wären, wenn in den Jahren 2009-2011 der Haushaltsplan und das Ergebnis dieser Haushaltsjahre nicht eine so große Differenz ausweisen.

Auch im jetzigen Haushaltsplan wird prognostiziert, dass in den nächsten Jahren die Ausgleichsrücklage in Anspruch genommen wird und damit 35 Mio € Eigenkapital verzehrt wird.

Auf Dauer können wir nicht mit einem defizitären Haushalt leben.

In den Haushaltsreden vom Bürgermeister und Kämmerer kommt immer wieder die Aussage, dass wir ein strukturelles Problem haben, gleichzeitig wird aber erklärt, dass in Kernbereichen der Verwaltung keine Verbesserung zu erreichen ist, da ja die Aufgaben- und Produktkritik bereits alle Bereiche durchforstet hat.

Dennoch hat der Kämmerer zur Finanzierung einer Erweiterung für das Euregio-Gymnasium mögliche Kürzungen in den Budgets angekündigt. Wenn Kürzungen möglich sind, dann gehören diese Veränderungen in die Haushaltsberatungen, wir haben hierzu Erklärungsbedarf. Aus diesem Grunde haben wir angekündigt, dass wir bis zur Klärung dieser möglichen Veränderungen die Verabschiedung des Haushaltsplanes verschieben, evtl. in die nächste Ratssitzung. Hierzu sollten uns auch Fraktionen, die jahrelang den Haushalt abgelehnt haben keine Ratschläge geben. Es spielt auch keine Rolle, wenn Herr Mertens hier nicht mitspielt, er entscheidet nicht über eine mögliche Vertagung, sondern der Rat.

Die CDU-Fraktion ist sich sehr wohl klar darüber, welche Konsequenzen diese Vertagung hat.

Ich biete an, dass sie, Herr Bürgermeister nach Ende der Haushaltsreden eine Unterbrechung der Ratssitzung vornehmen und dann der Kämmerer der CDU-Fraktion für Fragen zur Verfügung steht. Vielleicht gibt es dann ja eine Lösung.

Ich komme jetzt zu weiteren Aussagen zu bestimmten Themen.

Stadtwerke

Ich weise darauf hin, die Stadtwerke haben in den letzten Jahren einen wesentlichen Beitrag zum Haushalt geleistet. Unsere Stadtwerke versorgen uns mit Wasser und Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen. Unter diesen Voraussetzungen sollten wir Gewinne der Stadtwerke nicht verteufeln sondern hoffen, dass auch in den Folgejahren gute Ergebnisse erzielt werden, damit ebenfalls ein Beitrag zum Haushalt erbracht werden kann.

Ende des letzten Jahres ist Herr Vogel als Geschäftsführer der Stadtwerke verabschiedet worden. Ich möchte mich auch an dieser Stelle nochmals für die geleistete Arbeit in den letzten Jahren bedanken. Gleichzeitig wünsche ich seinem Nachfolger Herrn Elmer, gemeinsam mit seinem Geschäftsführerkollegen Herrn Petersen, eine erfolgreiche Zukunft mit den Stadtwerken.

Zusatzbezeichnung Ortsnamen

Für eine Zusatzbezeichnung zum Ortsnamen ist eine $\frac{3}{4}$ Mehrheit im Rat erforderlich, diese Mehrheit kommt nicht zustande, es bleibt demnach bei Bocholt ohne Zusatzbezeichnung.

Regionale Projekt Kubaai

Wir werden dieses Projekt Kubaai kritisch begleiten, bereits in der weiteren Qualifizierungsphase werden wir darauf achten, dass uns Pläne vorgelegt werden, die den genannten Kostenrahmen nicht übersteigen. Wir sind uns darüber einig, dass für eine Verbindung der beiden Museen eine Brücke über die Aa erforderlich ist, die Betonung liegt allerdings auf eine.

Nordring

Der Nordring ist weiterhin auf der Agenda, der Bau der Spange Barloer - Burloer Weg ist ein wichtiges Teilstück dieser Maßnahme.

Wirtschaftsförderung

Wir haben in Bocholt eine hervorragende Fachhochschule unter anderem mit dem Studiengang Bionik. Zur Stärkung des Standortes BOH fordern wir alle Entscheidungsträger in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Vereinigungen und Verbänden auf, sich dafür einzusetzen, dass auch in Bocholt der Masterstudiengang eingerichtet wird.

Über die Elektrifizierung der Bahnstrecke Bocholt-Wesel wird wieder diskutiert. Auch hier fordern wir alle Beteiligten auf sich für diese wichtige Maßnahme einzusetzen.

Schule, Bildung und Wohnen

Zu diesen Themen hat der CDU-Stadtverbandssitzende Helmut Eing in der letzten Woche auf der Mitgliederversammlung umfangreich Stellung bezogen, die Medien haben entsprechend berichtet. Ich beziehe mich auf den Inhalt dieser Beiträge und möchte noch einige Punkte anführen.

Wir haben uns ausführlich mit dem GEBIT-Gutachten beschäftigt. Das Berufskolleg mit gymnasialer Oberstufe ist nicht berücksichtigt. Dieses Gutachten geht von vielen Annahmen aus, die Zahlen liegen vielfach sehr eng zusammen. Aus diesen Daten, und unter Berücksichtigung der guten Bocholter Schulverhältnisse, können Entscheidungsgrundlagen erstellt werden, die sowohl als Argument für die Sekundarschule als auch für die Gesamtschule ausreichen.

In NRW liegen Anträge vor für 42 Sekundarschulen und 19 Gesamtschulen.

Wir müssen uns für eine Variante entscheiden.

Interessant ist auch, dass der Verwaltungsvorstand sich mehrheitlich für eine Gesamtschule entschieden hat, obwohl der Fachbereich und der Dezernent eine andere Variante bevorzugen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Bürgermeister und seine 2 Vorstandskollegen sich mit gleicher Intensität wie der Fachbereich und der Dezernent mit den Zahlen und Fakten beschäftigt haben.

Nach heutigen Erkenntnissen wird eine Entscheidung im Rat vermutlich mit sehr knapper Mehrheit ausgehen. Eine Mehrheit z.B. mit einer Stimme im Rat wird keinen Schulfrieden bringen. In NRW hat es zwischen den Parteien einen Schulkonsens gegeben. Für die CDU ist Bildung und Schulfrieden ein hohes Gut, aus diesem Grunde unterbreite ich folgenden Vorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt bis Ende Mai eine Informationsveranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger durchzuführen. In dieser Veranstaltung sollen die Bürgerinnen und Bürgern über Inhalte und Ziele der Schulformen Sekundarschule und Gesamtschule von neutraler Seite informiert werden.

Vor den Sommerferien entscheiden die Bürgerinnen und Bürger über die zukünftige Schulform.

Über die Art der Bürgerentscheidung wird in der nächsten Ratssitzung entschieden.

Die Fraktionen im Rat erklären vorher, dass sie diese Entscheidung akzeptieren.

Jugend und Familie

Kurzfristig trat im August 2011 das 1. KiBiz-Änderungsgesetz in Kraft.

Durch die Gesetzesänderung wurde die Elternbeitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr beschlossen. Die CDU-Fraktion hat sich dafür eingesetzt, dass diese Beitragsfreiheit auch komplett an die Eltern weitergegeben wird, das heißt, wenn das Land den Beitrag für das letzte Kindergartenjahr übernimmt, muss auch die Geschwisterregelung bestehen bleiben. Alle im Jugendhilfeausschuss vertretenen Fraktionen haben diese Entscheidung mitgetragen.

Derzeit läuft noch ein Prüfauftrag seitens der CDU an den Fachbereich, welche Kosten zusätzlich auf die Stadt zukommen, wenn auch alle anderen Betreuungen im letzten Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt werden.

Wenn auch die Einnahmefälle kompensiert werden, so muss doch mit enormen Mehrkosten 2012 durch den Ausbau der U-3-Betreuung gerechnet werden.

2011 konnte in Bocholt die erste Groß-Tagespflegestelle eröffnet werden. 2012 ist ein weiterer Ausbau geplant um die geforderte Ausbaustufe von 35%-Betreuung aller U3-Kinder in 2013 erreichen zu können.

In den vergangenen Jahren wurde die Betreuung in den Kindertageseinrichtungen in hervorragender Weise verbessert und hat einen hohen Standard. Die räumlichen Voraussetzungen wurden geschaffen, zusätzliches Personal wurde zur Verfügung gestellt und die Inklusion nahm einen breiten Raum ein. Aufgrund der sehr guten Zusammenarbeit und Planung zwischen dem Fachbereich und den Einrichtungen konnten viele bauliche Maßnahmen noch mit Fördergeldern im alten Jahr beendet werden.

Im April wurde der Kinder- und Jugendförderplan im Jugendhilfeausschuss beschlossen.

Dieser Plan beinhaltet einen Maßnahmenkatalog mit differenzierten Zielen für die Jugendförderung und bringt Planungssicherheit für alle Beteiligten die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten.

Sport

Es ist bekannt, dass es der Vorschlag der Verwaltung war den Sportverein TSV an den Hünting zu verlagern. Grund war die beschlossene Trassenführung für den Nordring, die Trasse führt durch das bisherige Vereinsgelände des TV Bocholt.

Es gibt hierzu einen Ratsbeschluss, der beinhaltet die Verlagerung an den Hüntig, einschl. Bau eines Rasenplatzes.

Die CDU steht auch heute noch zu diesem Beschluss.

Wenn sich innerhalb der Verwaltung neue Erkenntnisse ergeben, dann sollten zuerst Gespräche mit dem Verein erfolgen und nicht über die Haushaltsrede des Kämmerers Unruhe in den Verein gebracht werden.

Für sinnvolle, mit dem Verein abgestimmte, Veränderungen hat die CDU-Fraktion ein offenes Ohr

In diesem Zusammenhang ist auch die Diskussion neu entfacht worden zur Erstellung eines Kunstrasenplatzes. Im Sportausschuss ist dies bereits seit längerem ein Thema. In eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses wird verwaltungsseitig eine Wirtschaftlichkeitsrechnung vorgelegt.

Zur Wirtschaftlichkeitsrechnung gehört auch die langfristige Betrachtung bei Generalüberholung und Instandsetzung von Sportflächen, also die Prüfung ob langfristig ein Kunstrasenplatz kostengünstiger ist.

Unabhängig von den finanziellen Erwägungen können wir über einen möglichen Standort erst entscheiden, wenn ein Standort zukunftssicher ist. Hierauf werde ich noch näher eingehen.

Bedauerlich ist, dass am Hünthausen die vorhandene Tribüne aus Sicherheitsgründen abgerissen werden muss.

Im Haushaltsplan ist ein Ansatz von 125.000 € für den Abriss der Tribüne und Errichtung von Stehstufen enthalten, die Finanzierung ist nur außerhalb des Finanzkorridors für den Sport möglich

Ich habe es auch auf der Pressekonferenz des 1.FC gesagt, es ist wünschenswert in unserer Stadt einen repräsentativen Sportplatz mit Tribüne zu haben. Im Haushaltsplan bis 2015 ist kein Ansatz hierfür enthalten und aufgrund der finanziellen Situation der Stadt auch kurzfristig nicht darstellbar.

Gedanken zum Bau einer Tribüne mit städtischen Zuschüssen müssen solange zurückgestellt werden bis, genau wie zum Thema Kunstrasenplatz, Standortfragen geklärt sind. Erforderlich ist ein städtisches Gesamtkonzept. Nach Erstellung des Gesamtkonzeptes ist dann sicherlich die finanzielle Möglichkeit der Stadt von besonderer Bedeutung.

In vielen Redebeiträgen, zuletzt beim Sportfrühstücken Ende Januar, wird immer wieder auf die notwendige Zusammenarbeit oder erforderliche Fusionen von Vereinen hingewiesen.

Die demografische Entwicklung zwingt uns zum Handeln zur Zukunftssicherung des Sports in unserer Stadt. Ein Weiter So ist keine Option für die Zukunft.

Fakt ist, dass gerade die Altersgruppe der 10-25 jährigen den größten Rückgang haben wird, genau die Altersgruppe, die im Fußballsport am stärksten vertreten ist. Die Altersgruppe 60+ dagegen wird stark ansteigen.

Die CDU hält ein Zusammengehen von Vereinen in bestimmten Stadtgebieten zur Zukunftssicherung des Sports und zur Stärkung der Vereine, insbesondere der Fußballsport treibenden Vereine, für erforderlich.

In der letzten Sitzung des Sportausschusses habe ich einleitend darauf hingewiesen, dass neben den Vereinen auch der Sportausschuss und die Politik gemeinsam eine hohe Verantwortung für die Entwicklung des Sports in Bocholt haben, besonders in Kenntnis der demografischen Entwicklung. Weiterhin berücksichtigt werden müssen die vielfältigen Sportmöglichkeiten und Sportarten sowie der veränderte Schulalltag

Wir können feststellen, dass eine gewisse Bewegung in die Vereinslandschaft kommt. Es gibt den Fusionsverein TSV Bocholt, Vereine wie Borussia Bocholt und der VfL 45 haben die Zeichen der Zeit erkannt und den ersten Schritt auf den Weg der Zusammenarbeit gemacht. Bei weiteren Vereinen scheint ebenfalls die Einsicht zu wachsen.

Zur Zeit wird ein Masterplan Demografie erarbeitet. Im Rahmen dieses Masterplanes hat bereits das erste Fachforum Sport und Gesundheit stattgefunden.

Die demografische Entwicklung müssen wir gestalten, ändern können wir sie nicht. Aufgrund dieser Entwicklung ergeben sich Fragen nach einer künftigen Überversorgung mit Freiflächen in bestimmten Stadtteilen.

Beschlossen wurde im Sportausschuss, dass verwaltungsseitig eine Art „Koordinatensystem“ erarbeitet wird für objektive und bewertbare Kriterien, um daraus einen Masterplan für die künftige Beibehaltung bzw. Unterhaltung von Sportfreiflächen zu entwickeln.

Hierbei sind drei wesentliche Gruppen solcher Kriterien deutlich geworden:

Sportfachliche und soziologische Relevanz im Sozialraum
Wirtschaftliche Verwertbarkeit der Sportflächen und Gebäude
Einsparungspotenziale bei Unterhaltungs- und Betriebskosten

Dieses zu erstellende Koordinatensystem wird anschließend im Sportausschuss beraten und verabschiedet.

Nach diesem Koordinatensystem sollen die Sportvereine mit Ihren städtischen Vereinsgeländen verortet und anhand der festgelegten Kriterien bewertet werden. Hieraus wird sich ein „Masterplan“ zur Optimierung der Sportstätten aus den Potentialen der einzelnen Standorte für den Sport ableiten.

Es kann nicht und wird nicht vorrangiges Ziel sein zusätzliches Baugelände zu generieren.

Die Verbesserung der sportlichen Leistungsfähigkeit steht ebenfalls nicht im Vordergrund, sondern die Gesunderhaltung und Lebensfähigkeit unserer Sportvereine. Aus dieser Struktur wird sich dann langfristig auch die sportliche Leistungsfähigkeit verbessern.

Ziel muss sein den Sport und damit unsere Sportvereine unter den Herausforderungen der Demografie zukunftssicher zu machen, also Hilfe zur Selbsthilfe.

Wenn sich herausstellt, dass nach diesen Kriterien Sportstätten entbehrlich sind, bedeutet das im Klartext nichts anderes als die Aufgabe von Sportstätten an bestimmten Standorten.

Die Umsetzung bedeutet auch, dass ab einem festgelegten Zeitpunkt in diese Standorte keine Investitionen mehr erfolgen sollten und keine Zuschüsse mehr fließen. Es bedeutet auch, dass betroffene Vereine die Zusammenarbeit mit den Nachbarvereinen suchen müssen. Durch eine rechtzeitige Zusammenarbeit mit Nachbarvereinen können diese Vereine die Zukunft noch selbst gestalten.

Wiederholen will ich meinen Appell an die Sportvereine (Fußballvereine), nehmen sie die Verantwortung für ihren Verein wahr, nehmen sie das Heft des Handelns in die Hand. Noch können sie die Zukunft gestalten

Wenn wir erkennen, dass dieser Weg richtig ist, dann müssen wir auch bereit sein über politische Beschlüsse den Weg zu weisen.

Die CDU hat Verständnis dafür, dass diese Vorgehensweise nicht ungeteilten Beifall findet, wir wissen auch, um beim Sport zu bleiben, ohne Überspringen hoher Hürden wird es nicht gehen.

Die Umsetzung dieser Erkenntnisse erfordert nicht nur von den Vereinsvorständen Mut. Die politisch verantwortlichen Mandats- und Funktionsträger sind hier gleichfalls gefordert. Die Gestaltung der Zukunft ist eine verantwortungsvolle und spannende Aufgabe, „everybody's darling“ wird man damit nicht.

Ich möchte enden mit einer Aussaget von Joseph Stiglitz.

Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger hat beim Weltwirtschaftsforum in Davos gesagt:

Die meisten Leute haben eine Seite, die das Richtige tun will. Die will, dass sich unsere Gesellschaft in die richtige Richtung bewegt.

Er hat auch erklärt, dass er auf diesem Forum viele schlaue Leute treffe und schlaue Leute hätten meist nichts dagegen, wenn sie unter Druck gesetzt werden.

So würden die meisten Teilnehmer des Forums das Problem des Klimawandels anerkennen. " Vor zehn Jahren taten sie das nicht.

Und am jetzigen Punkt würden die meisten sagen: Es ist gut, dass jemand Druck gemacht hat“.